Difu

Gutachten zur Wärmewende erschienen

[11.02.2022] Ein jetzt veröffentlichtes Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik hat den Beitrag untersucht, den das Instrument der kommunalen Wärmeplanung für die Wärmewende leisten kann. Auftraggeber der Untersuchung war das Umweltbundesamt.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat jetzt für das Umweltbundesamt untersucht, welchen Beitrag das Instrument der kommunalen Wärmeplanung für den Umbau der städtischen Wärmeversorgungssysteme leisten kann. Letztere ist notwendig, um die Wärmewende zu vollziehen.
Wie das Difu mitteilt, zeigt das Gutachten den aktuellen Stand der Debatte zur kommunalen Wärmeplanung in Deutschland auf und fasst Ergebnisse relevanter Forschungsprojekte zusammen. Die Studie beleuchte Aufgabenfelder innerhalb der kommunalen Wärmeplanung und stelle dazu ein Referenzmodell vor. Zudem würden Einsatzbedingungen, Umsetzungshemmnisse und Lösungswege auf kommunaler Ebene reflektiert.
Nachdem einige Nachbarländer – wie etwa Dänemark, Niederlande, Österreich oder Schweiz – kommunale Wärmeplanung teils seit Jahrzehnten praktizieren, werde sie nun auch in Deutschland in Wissenschaft und Praxis zum zentralen Thema. In einigen Bundesländern Deutschlands wie Baden-Württemberg sei Wärmeplanung für Kommunen bereits verpflichtend und damit Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Und es sei zu erwarten, dass die Bedeutung dieses Instruments weiter zunehmen wird und mehr Kommunen zur Wärmeplanung verpflichtet werden.

Wärmewende ermöglichen

Das strategische Instrument der Wärmeplanung solle eine systematische, wirksame und bezahlbare Wärmewende ermöglichen. Es sorge für eine treibhausgasneutrale Wärme- und Kälteversorgung des Gebäudebestands der Kommunen. Eine intelligente Kombination von Effizienzmaßnahmen und erneuerbarer Wärmeversorgung diene dabei als Grundlage für Stadtentwicklung und Energieplanung. Die rechnerische Verknüpfung von Wärmepotenzialen und „Wärmesenken“ gebe dabei einen Überblick für ein gesamtes Gemeindegebiet und zeige damit lokal spezifische Handlungsmöglichkeiten auf. Eine kartografische Darstellung biete für Bereiche mit netzgebundener oder auch dezentraler Wärmeversorgung Orientierung für künftige Planungs- und Investitionsentscheidungen.
Das Aufgabenspektrum innerhalb der Wärmeplanung sei vielfältig. Dieses umfasse unter anderem die Erstellung von Wärmekatastern, Steuerung und Begleitung des Wärmenetzausbaus, Dekarbonisierung von Bestandsnetzen, Sicherung von Flächen für die Energieerzeugung und für Energiespeicher, Konzepte für die Sanierung öffentlicher Gebäude im Quartierskontext und Energiekonzepte bei Neubauquartieren.
Kommunale Wärmeplanung stehe jedoch nicht für sich, sie sei ein zentrales Instrument, das künftig bei allen Planungen und Umsetzungsschritten der Stadtentwicklung berücksichtigt werden muss. Die Verknüpfung mit anderen Instrumenten und Verfahren der Stadtentwicklung und die Berücksichtigung der Wärmeplanung bei aktuellen Entwicklungsprojekten und stadtpolitisch wichtigen Themen wie sozialverträglicher Wohnraumversorgung sei dabei wichtig für das Gelingen.

(th)

Stichwörter: Klimaschutz, Difu, Umweltbundesamt